

Beschlussprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie

12. Sitzung
21. September 2017

Beginn: 13.05 Uhr
Schluss: 16.14 Uhr

Vorsitz: Frau Abg. Emine Demirbüken-Wegner (CDU)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

- Für die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie sind Frau StS Klebba (SenBildJugFam) und Herr StS Rackles (SenBildJugFam) anwesend.
- Die Vorsitzende gestattet den Medienvertretern die Anfertigung von Bild- und Tonaufnahmen gemäß § 5 S. 2 in Verbindung mit § 6 der Anordnung des Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin über die Sicherheit und Ordnung vom 9. November 2011 (Hausordnung).
- Frau Abg. Kühnemann (SPD) beantragt, die Tagesordnung um den folgenden neuen Punkt 2 c)

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Queere Bildung in Berlin
(auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und
Bündnis 90/Die Grünen)

[0092](#)
BildJugFam

zu erweitern und zusammen mit den Punkten 2 a) und 2 b) zu beraten.

Dieser Antrag wird einstimmig mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, CDU, Die Linke, Bündnis 90/Die Grünen und FDP bei Enthaltung der Fraktion der AfD angenommen.

Der Ausschuss beschließt einvernehmlich, die ursprünglich zu 2 a) und 2 b) beantragte Anhörung entfallen zu lassen und diese stattdessen zu dem neuen Punkt 2 c) durchzuführen.

Frau Abg. Bentele (CDU) beantragt Folgendes:

- Die Tagesordnung wird um den folgenden neuen Punkt 5 b)

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 18/0513

Notwendige Bedingungen für die Beendigung der Pilotphase Gemeinschaftsschule

[0087](#)
BildJugFam

erweitert und zusammen mit dem neuen Punkt 5 a) beraten.

- Die Tagesordnung wird um den folgenden neuen Punkt 6 b)

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 18/0514

Mehr Quereinsteiger als voll ausgebildete Lehrer eingestellt – Maßnahmen zur Qualitätssicherung jetzt umsetzen!

[0088](#)
BildJugFam

Hierzu:

Änderungsantrag der Fraktion der FDP zum Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 18/0514-1

Mehr Quereinsteiger als voll ausgebildete Lehrer eingestellt – Maßnahmen zur Qualitätssicherung jetzt umsetzen!

[0088-1](#)
BildJugFam

erweitert und zusammen mit dem neuen Punkt 6 a) beraten.

Diese Anträge werden einstimmig mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, CDU, Die Linke, Bündnis 90/Die Grünen, AfD und FDP angenommen.

Punkt 1 der Tagesordnung

a) **Aktuelle Viertelstunde**

Die Fraktion Die Linke hat im Vorfeld der Sitzung folgende schriftliche Frage eingereicht:

- „Bezugnehmend auf die durch das Abgeordnetenhaus beschlossene Drucksache 18/0238 "Kooperationsverbot im Bildungsbereich aufheben" und die dazu vom Senat

vorgelegte Vorlage zur Kenntnisnahme Drucksache 18/0528 frage ich den Senat, wie der aktuelle Stand bzgl. eines Antrages im Bundesrat ist.“

Es werden folgende mündliche Fragen gestellt:

- „Ich frage den Senat, teilt der Senat die von der Opposition erhobene Einschätzung, dass bei der Studie an Berliner Schulen zur Einstellung von pädagogischen Fachkräften gegenüber lesbischen, schwulen, bisexuellen, trans- und intergeschlechtlichen Schüler/innen der Datenschutz nicht berücksichtigt wurde.“
(Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)
- „Mit wie vielen Schülern welchen Profils und mit wie vielen Lehrern und mit welchem Zeithorizont hat die reine Flüchtlingsschule in der ehemaligen Teske-Schule in Schöneberg zum Schuljahresbeginn ihr Betrieb aufgenommen?“
(Fraktion der CDU)
- „Anlässlich der aktuellen Berichterstattung zum Thema Konsulatsunterricht und Rückzahlungsaufforderungen vereinzelter Bezirke, wird um Stellungnahme des Senats gebeten, die die rechtliche Lage klarstellt.“
(Fraktion der SPD)

Nachdem Herr StS Rackles (SenBildJugFam) die Fragen beantwortet hat, schließt der Ausschuss Punkt 1 a) der Tagesordnung ab.

b) **Aktuelles aus der Senatsverwaltung und Bericht der Senatorin aus der Kultusministerkonferenz bzw. der Jugend- und Familienministerkonferenz**

Frau StS Klebba (SenBildJugFam) berichtet über die Ergebnisse der U18-Wahl, die am 15. September 2017 stattgefunden hat.

Der Ausschuss schließt Punkt 1 b) der Tagesordnung ab.

Punkt 2 der Tagesordnung

- a) Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 18/0330
**Konzept für ein Jugendzentrum für LSBTTIQ*-
Jugendliche auf den Weg bringen**

[0055](#)
BildJugFam(f)
Haupt
Recht*

- b) Änderungsantrag der Fraktion der FDP zum Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 18/0330-1
Konzept für ein Jugendzentrum für LSBTTIQ*-Jugendliche auf den Weg bringen [0055-1](#)
BildJugFam
Haupt
- c) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0092](#)
Queere Bildung in Berlin
(auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen)
BildJugFam

Dem Ausschuss liegt zu dem Antrag – Drucksache 18/0330 – die Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten, Geschäftsordnung, Verbraucherschutz, Antidiskriminierung vor. Dieser Ausschuss empfiehlt mit Stellungnahme vom 17. Mai 2017, den Antrag – Drucksache 18/0330 – mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, Die Linke, Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktion der AfD und bei Enthaltung der Fraktionen der CDU und FDP anzunehmen.

Der Ausschuss beschließt einvernehmlich, auf die Begründung des Antrags und des Änderungsantrags zu den Tagesordnungspunkten 2 a) und 2 b) sowie des Besprechungsbedarfs zu Punkt 2 c) zu verzichten.

Gemäß § 26 Abs. 7 S. 4 GO Abghs beschließt der Ausschuss mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, Die Linke, Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU, AfD und FDP die Anfertigung eines Wortprotokolls.

Herr StS Rackles (SenBildJugFam) nimmt einleitend Stellung.

Es werden angehört und beantwortet Fragen der Ausschussmitglieder:

- Frau Nordt und
- Herr Kugler (Kommunikations- und Beratungszentrum homosexueller Frauen und Männer e.V.).

Im Laufe der Beratung nimmt Frau StS Klebba (SenBildJugFam) Stellung und beantwortet Fragen der Ausschussmitglieder.

Im Anschluss an die Beratung beantragt Frau Abg. Kühnemann (SPD), in dem Antrag der Koalitionsfraktionen das Berichtsdatum zu aktualisieren und in „31. Dezember 2017“ zu ändern.

Der Ausschuss beschließt einvernehmlich, diesen Änderungsantrag anzunehmen.

Im Anschluss an die Beratung beschließt der Ausschuss Folgendes:

Zu Punkten 2 a) und 2 b):

Der Änderungsantrag der Fraktion der FDP wird mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, Die Linke, Bündnis 90/Die Grünen und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und FDP abgelehnt. Im Ergebnis wird der Antrag – Drucksache 18/0330 – mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktion der AfD bei Enthaltung der Fraktionen der CDU und FDP mit den zuvor beschlossenen Änderungen angenommen.

Eine entsprechende Beschlussempfehlung wird dem Plenum über den Hauptausschuss zugeleitet.

Zu Punkt 2 c):

Der Ausschuss beschließt einvernehmlich, diesen Punkt zu vertagen bis das Wortprotokoll vorliegt und ausgewertet werden kann.

Punkt 3 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**SoPart als neue Standardsoftware der Berliner
Jugendämter: Stand, Probleme, Perspektiven**
(auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und
Bündnis 90/Die Grünen)

[0060](#)
BildJugFam

Frau Abg. Seidel (LINKE) begründet den Besprechungsbedarf für die antragstellenden Fraktionen.

Frau StS Klebba (SenBildJugFam) und Herr Schulze (SenBildJugFam) nehmen einleitend Stellung. Herr Schulze (SenBildJugFam) erläutert seine Ausführungen anhand einer Präsentation (Anlage 1).

Im Anschluss an die Beratung, in deren Rahmen Herr Schulze (SenBildJugFam) Fragen der Ausschussmitglieder beantwortet, schließt der Ausschuss die Besprechung zu Punkt 3 der Tagesordnung ab.

Punkt 4 der Tagesordnung

Stellungnahmeersuchen des Hauptausschusses
Bericht SenIAS – III A 23 – vom 16.06.2017
Rote Nummer 0451
**Berlineinheitliche Statistik zu den Leistungen für
Bildung und Teilhabe**
gemäß Auflage A. 26 – Drucksache 17/2600 zum
Haushalt 2016/17

[0078](#)
BildJugFam

Der Bericht wurde dem Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie vom Hauptausschuss mit der Bitte um Stellungnahme bis zum 11. Oktober 2017 zur Verfügung gestellt.

Für die Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales ist Frau Kohlfärber (SenIAS) anwesend.

Als Tischvorlage werden ein Vorschlag der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen (Anlage 2) und ein Vorschlag der Fraktion der CDU (Anlage 3) für eine inhaltliche Stellungnahme an den Hauptausschuss verteilt.

Im Laufe der Beratung nehmen Herr StS Rackles (SenBildJugFam), Frau StS Klebba (SenBildJugFam) und Herr Duveneck (SenBildJugFam) Stellung und beantworten Fragen der Ausschussmitglieder.

Daraufhin zieht Frau Abg. Bentele (CDU) den Vorschlag ihrer Fraktion für eine inhaltliche Stellungnahme zurück.

Im Anschluss an die Beratung schlagen Herr StS Rackles (SenBildJugFam) und Frau StS Klebba (SenBildJugFam) vor, den Vorschlag der Koalitionsfraktionen für eine inhaltliche Stellungnahme im letzten Satz des Punktes 2 um folgenden Halbsatz

„da der Eigenanteil die Inanspruchnahme des Mittagessens deutlich erschwert.“

und um folgenden letzten Punkt

„Es ist eine SGB II-Änderung auf Bundesebene anzustreben, die den BuT-Eigenanteil für das gemeinschaftliche Mittagessen abschafft.“

zu ergänzen.

Die Koalitionsfraktionen machen diesen Änderungsvorschlag zu Eigen.

Daraufhin beschließt der Ausschuss einvernehmlich, diesen Änderungsantrag anzunehmen.

Im Ergebnis wird der Vorschlag der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen mit der genannten Ergänzung einstimmig mit den Stimmen der SPD, CDU, Die Linke, Bündnis 90/Die Grünen, AfD und FDP mit den zuvor beschlossenen Änderungen angenommen.

Es ergeht eine entsprechende Stellungnahme an den Hauptausschuss.

Punkt 5 der Tagesordnung

- a) Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 18/0428
Gemeinschaftsschule als eine schulstufenübergreifende Regelschule im Schulgesetz verankern [0080](#)
BildJugFam
- b) Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 18/0513
Notwendige Bedingungen für die Beendigung der Pilotphase Gemeinschaftsschule [0087](#)
BildJugFam

Frau Abg. Kittler (LINKE) begründet den Antrag für die antragstellenden Fraktionen zu Punkt 5 a).

Frau Abg. Bentele (CDU) begründet den Antrag zu Punkt 5 b).

Im Laufe der Beratung nimmt Herr StS Rackles (SenBildJugFam) Stellung und beantwortet Fragen der Ausschussmitglieder.

Frau Abg. Kittler (LINKE) beantragt, den zweiten Satz des Antrages der Koalitionsfraktionen wie folgt zu fassen:

„Diese Änderung des Schulgesetzes soll spätestens zum Schuljahr 2018/19 in Kraft treten.“

Der Ausschuss beschließt einvernehmlich, diesen Änderungsantrag anzunehmen.

Im Anschluss an die Beratung beschließt der Ausschuss Folgendes:

Zu Punkt 5 a):

Im Ergebnis wird der Antrag – Drucksache 18/0428 – mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU, AfD und FDP mit den zuvor beschlossenen Änderungen angenommen.

Eine entsprechende Beschlussempfehlung wird dem Plenum zugeleitet.

Zu Punkt 5 b):

Der Antrag – Drucksache 18/0513 – wird mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU, AfD und FDP abgelehnt.

Eine entsprechende Beschlussempfehlung wird dem Plenum zugeleitet.

Punkt 6 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0082](#)
BildJugFam
**Mehr Quereinsteiger als voll ausgebildete Lehrer
eingestellt – Maßnahmen zur Qualitätssicherung
jetzt umsetzen!**
(auf Antrag der Fraktion der CDU)

- b) Antrag der Fraktion der CDU [0088](#)
BildJugFam
Drucksache 18/0514
**Mehr Quereinsteiger als voll ausgebildete Lehrer
eingestellt – Maßnahmen zur Qualitätssicherung
jetzt umsetzen!**

Hierzu:

- Änderungsantrag der Fraktion der FDP zum Antrag der [0088-1](#)
BildJugFam
Fraktion der CDU
Drucksache 18/0514-1
**Mehr Quereinsteiger als voll ausgebildete Lehrer
eingestellt – Maßnahmen zur Qualitätssicherung
jetzt umsetzen!**

Frau Abg. Bentele (CDU) begründet den Besprechungsbedarf zu Punkt 6 a) und den Antrag zu Punkt 6 b).

Herr Abg. Fresdorf (FDP) begründet den Änderungsantrag zu Punkt 6 b).

Herr StS Rackles (SenBildJugFam) nimmt einleitend Stellung.

Im Laufe der Beratung nimmt Herr StS Rackles (SenBildJugFam) erneut Stellung und beantwortet Fragen der Ausschussmitglieder.

Im Anschluss an die Beratung beschließt der Ausschuss Folgendes:

Zu Punkt 6 a):

Der Ausschuss schließt die Besprechung ab.

Zu Punkt 6 b):

Der Änderungsantrag der Fraktion der FDP wird einstimmig mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, der AfD und der FDP bei Enthaltung der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen angenommen. Im Ergebnis wird der Antrag – Drucksache 18/0514 – mit den zuvor beschlossenen Änderungen mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der

SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU, der AfD und der FDP abgelehnt.

Eine entsprechende Beschlussempfehlung wird dem Plenum zugeleitet.

Punkt 7 der Tagesordnung

Verschiedenes

- Der Ausschuss beschließt einvernehmlich die Sitzungstermine des Ausschusses für das Jahr 2018 (Anlage 4).
- Der Ausschuss beschließt einvernehmlich, die Themen für die geplante gemeinsame Sitzung mit dem Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport des Landtags Brandenburg am 7. Dezember 2017, 13.30 Uhr in der im Anschluss an die Sitzung stattfindenden Sprecher/innenrunde festzulegen.
- Die nächste (13.) Sitzung findet am 12. Oktober 2017 (Haushaltsberatungen, 2. Lesung), bereits um 10.00 Uhr statt. Die Vorsitzende erinnert daran, die Änderungsanträge der Fraktionen bis spätestens Montag, 9. Oktober 2017, 14.00 Uhr beim Ausschussbüro einzureichen.

Die Vorsitzende

Der Schriftführer

Emine Demirbüken-Wegner

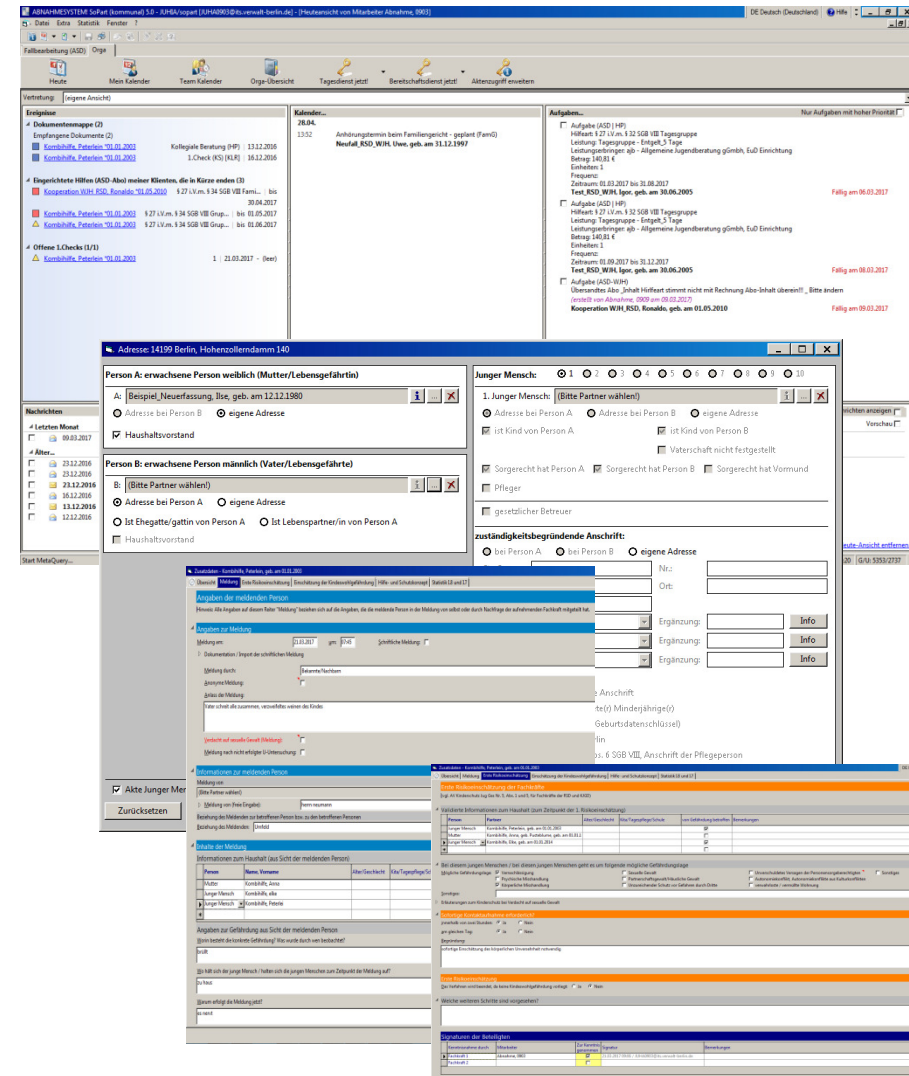
Joschka Langenbrinck

Top 3: SoPart als neue Standard- software der Berliner Jugendämter: Stand, Probleme, Perspektiven

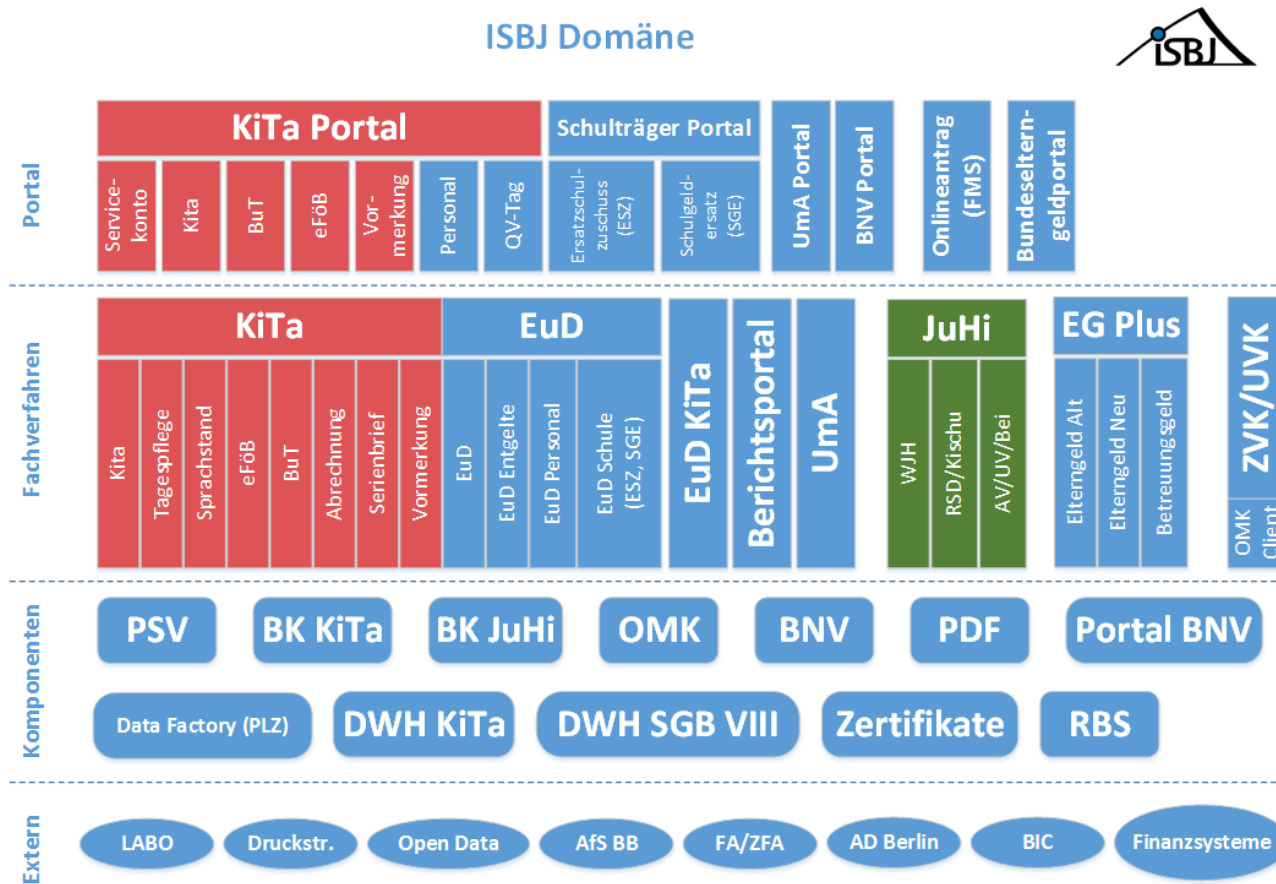
12. Sitzung des Ausschusses für Bildung,
Jugend und Familie am 21.09.2017

Agenda

- Einordnung: ISBJ im Überblick
- Stand der Einführung
 - Ausgangslage und Zielsetzung
 - Projektorganisation
 - Modulares Vorgehenskonzept
 - Leistungsspektrum
- Aktuelle Schwerpunkte und nächste Schritte

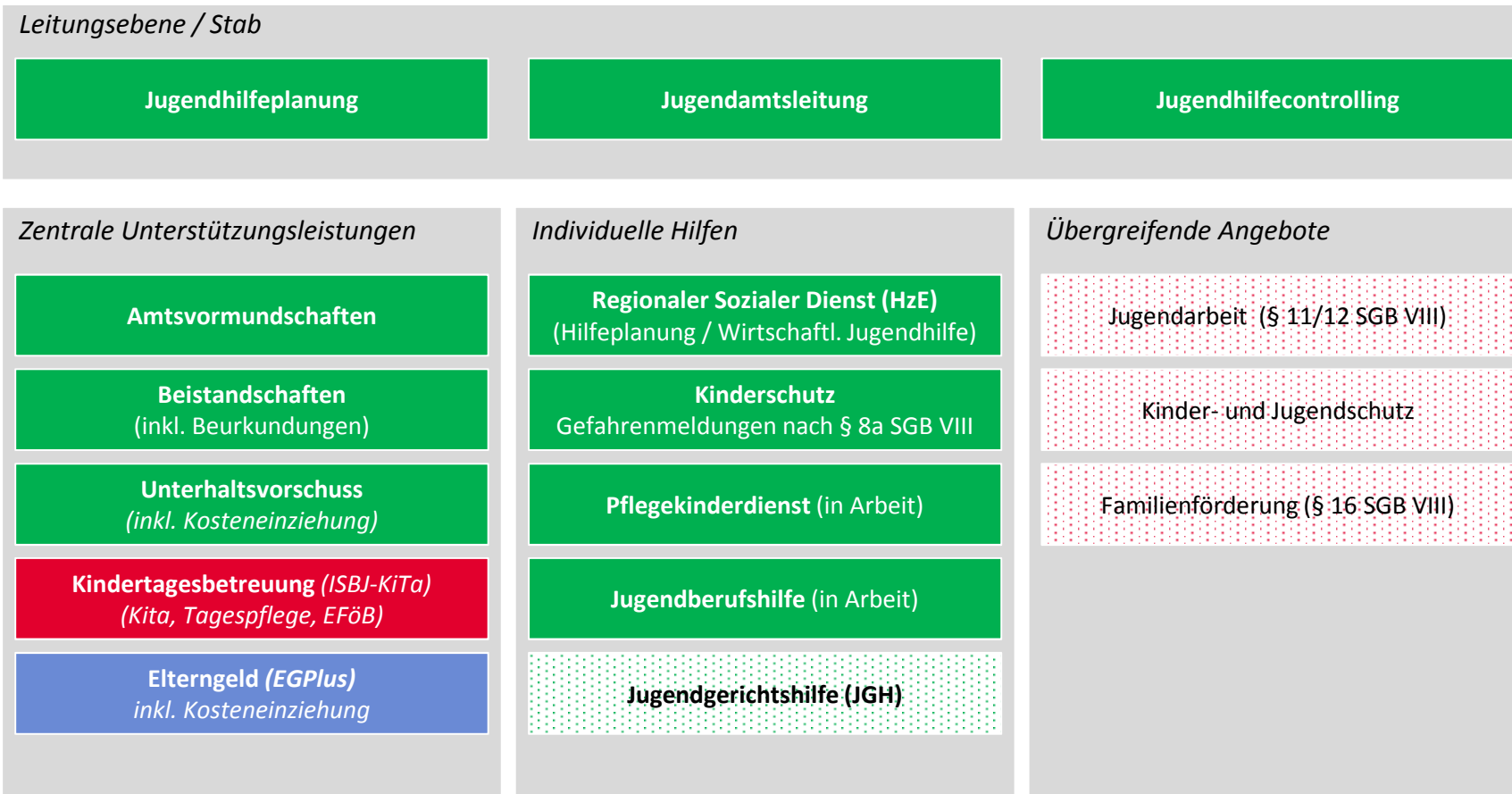


ISBJ-Jugendhilfe (SoPart) ist Teil der integrierten IT-Verfahrenslandschaft ISBJ



- In der **Domäne ISBJ** sind alle IT-Fachverfahren für die Jugendverwaltung gebündelt.
- Betrieb im ITDZ (E-GovG. Bln. konform)
- Standardisierte Geschäftsprozesse für alle Bezirke.
- **Zentrale Fachverfahrensverantwortung** Pflege (1000/51185) und Weiterentwicklung (1000/81242).

ISBJ-Jugendhilfe (SoPart) ist eine zentrale Fallmanagementlösung für 2.200 Nutzer/innen in den Berliner Jugendämtern.



Ausgangspunkt: Zustimmung des Hauptausschuss in seiner 68. Sitzung am 12.11.2014 auf Basis des Berichts HA Rn. 0622 G.

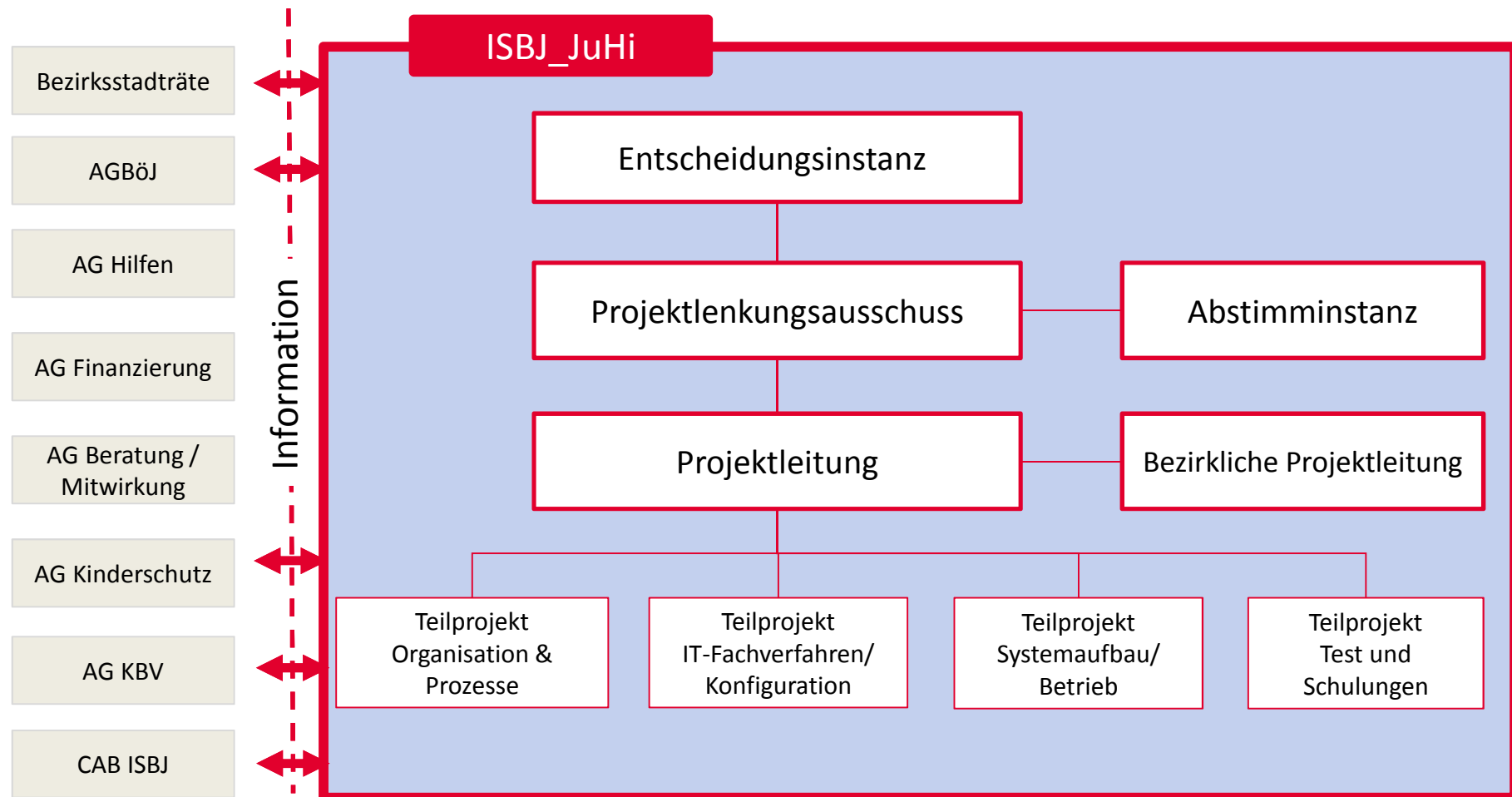
- **Zielsetzungen:**

- **(1)** Stärkung der Steuerungsfähigkeit der Berliner Kinder- und Jugendhilfe
- **(2)** Reduzierung der Arbeitsbelastung der Mitarbeiter/innen durch medienbruchfreie IT und Standards
- **(3)** Stärkung des Kinderschutzes durch ein verbessertes Verfahren zur Erfassung von 8a-Meldungen;
- **(4)** Kurzfristige Absicherung der IT-gestützten Aufgabenwahrnehmung in der Wirtschaftlichen Jugendhilfe
- **(5)** Erschließung von Effizienzpotenzialen durch eine zentrale, einheitliche Administration der IT-Verfahren sowie die Vereinheitlichung und Modernisierung der vorhandenen Softwarelandschaft

- **Projektauftrag ISBJ-Jugendhilfe (02/2015) der Entscheidungsinstanz, u. a.**

- **(1)** Aufbau der Hardware-Infrastruktur (3 Umgebungen) im ITDZ und Anbindung an ISBJ;
- **(2)** Durchführung des (Teil-) Projektes “Organisationsentwicklung / Vereinheitlichung von Workflows in der Berliner Jugendhilfe” zum Zwecke einer bezirksübergreifenden Standardisierung;
- **(3)** Anpassung (Konfiguration) und Installation der Standardsoftware an die Berliner Anforderungen;
- **(4)** Erstellung des Gesamtsystems ISBJ-Jugendhilfe und Herbeiführung der Betriebsbereitschaft durch Anbindung aller zwölf Berliner Bezirke (inkl. Datenmigration / Schulungen)
- **(5)** Etablierung und Umsetzung eines Systemservice gemäß des Betriebsführungskonzepts (BFK) ISBJ.

Projektorganisation: Enge Einbindung der Bezirke.



Die Module I und 2 wurden planmäßig auf die Berliner Anforderungen hin angepasst und eingeführt.

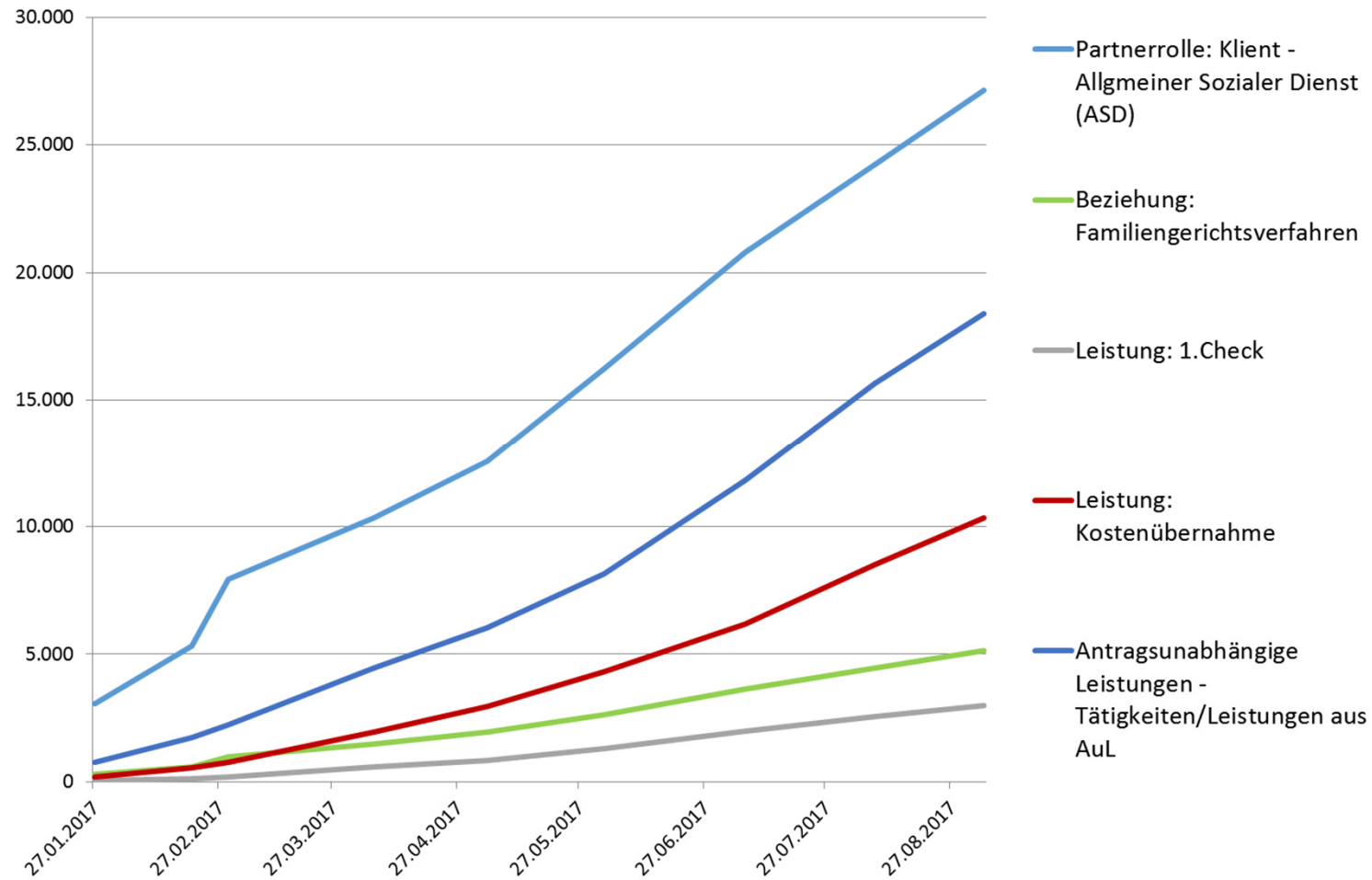
• Modul I: WJH (bis 31.12.2016 planmäßige eingeführt):

- Fallmanagement WJH
- Leistungsmanagement / Bescheiderteilung
- Zahlungsmanagement (Auszahlungen, Kosteneinzahlung, Einnahmen)
- Leistungsangebotsmanagement (zentrale Leistungskataloge / Einrichtungen und Entgelte)
- Stammdatenpflege (HH-Stellen, Produkte, Standorte)
- Dokumente / Vorlagen
- Organisation (Rechte / Rollen / Mandanten)
- Reporting (Fälle, Klienten, Finanzen)

• Modul II: RSD (Einführung bis 31.12.2017)

- Fallmanagement RSD
- Fallübergaben
- Hilfeplanungsprozess
- Kinderschutzverfahren (inkl. 1. Check-Bogen)
- Familiengerichtsverfahren
- Antragsungebundene Leistungen
- Pflegekinderdienst (in Arbeit)
- Kooperation mit Jugendberufsagentur (in Arbeit)
- Wirkungsmessung (in Arbeit)
- Reporting (in Arbeit)
- Vorlagen

Das Fachverfahren (hier RSD-Modul) wird zunehmend genutzt.



Aktuelle Aufgaben

- **Sicherstellung / Verbesserung der Performance des Verfahrens**
- **Einführung des RSD-Moduls in den 12 Bezirken**
- **Datenschutzrechtliche Freigabe der Anwendung Jugendberufshilfe**
- **Anpassung des Modul 3 – AV / UV / Bei in der Software**
- **Anbindung der zentralen Kasse Unterhaltsvorschuss**
- **Datenmigration ZVK/UVK**
- **Etablierung des Servicebetriebs**
- **Entwicklung des Konzepts Wirkungsmessung**
- **Ausbau der Reporting-Funktionalitäten / Anbindung des ISBJ-Data Warehouse**
- **Harmonisierung der Stammdatenerfassung der Hilfeplanstatistik / Bundesstatistik**

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit

Stellungnahme der Fraktionen SPD, Die Linke, Bündnis 90/Die Grünen

Stellungnahmeersuchen des Hauptausschusses
Bericht SenIAS – III A 23 – vom 16.06.2017 -

Rote Nummer 0451 - Berlineinheitliche Statistik zu den Leistungen für Bildung und Teilhabe
Der Fachausschuss Bildung, Jugend und Familie begrüßt die verstärkte Inanspruchnahme der Leistungen für „Bildung und Teilhabe“ (BUT). Die aufbereiteten Daten in dem Bericht geben einen guten Überblick über die Nutzung und die Entwicklungspotenziale des Programms. Die regelmäßige Berichterstattung über die statistischen Daten ist eine Grundlage für politische Steuerungsprozesse. Die Validität der statistischen Daten ist daher von zentraler Bedeutung. Dass in Ausnahmesituationen von der regelmäßigen Datenerhebung abgewichen werden kann, ist nachvollziehbar. Wichtig ist, dass die Leistungen bei den Menschen ankommen. Jedoch begrüßt der Ausschuss die Überarbeitung der Ausführungsvorschriften, um ab 2017 wieder zuverlässigeres Datenmaterial zu generieren.

Wir empfehlen in der weiteren Entwicklung der Leistungen für „Bildung und Teilhabe“ folgende Punkte weiterhin im Blick zu halten bzw. aktiv anzugehen:

- Der Ausschuss begrüßt die Steigerung der Quote der Inanspruchnahme. Dennoch ist die derzeitige Quote der Inanspruchnahme der Leistungen insgesamt bei den anspruchsberechtigten Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen der Rechtskreise SGB II, SGB XII, AsylbLG und Wohngeld noch viel zu gering. Es wird angeregt, die Kommunikation des Angebots zu verstärken und gezielt die Zielgruppen darauf aufmerksam zu machen.
- Insbesondere in der frühkindlichen Förderung in der Altersgruppe 0- bis 5-jähriger Kinder ist die Ausschöpfung des Potenzials zu gering. Der Ausschuss bittet darum, zu prüfen, inwieweit die Quote hier deutlich erhöht werden kann, da der Eigenanteil die Inanspruchnahme beim Mittagessen deutlich erschwert.
- Die Leistungen der sozialen und kulturellen Teilhabe sind ein wichtiger Beitrag zur Chancengleichheit von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Es wird angeregt, die sinkenden Empfängerzahlen kritisch zu hinterfragen und Konzepte zum Gegensteuern dieses Trends zu entwickeln. Dabei sollten insbesondere Verfahren zur Vereinfachung der Beantragung entwickelt werden, die auch das Ehrenamt zum Beispiel in Sportvereinen spürbar entlasten.
- Nach wie vor gibt es Probleme bei der Beantragung des berlinpass-BuT. Der Ausschuss möchte anregen, gemeinsam mit den Bezirken eine Problemanalyse vorzunehmen, um die Probleme gemeinsam zu beheben. Ggf. müsste hier übergangsweise eine zentrale Koordinierungsstelle die Verantwortung in diesem Prozess übernehmen.
- Damit Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsene, die einzelnen BuT-Leistungen im schulischen Kontext in Anspruch nehmen können, sind die Schulen weiterhin mit einer zu hohen Anzahl von Verwaltungsprozessen konfrontiert. Hier gilt es weiterhin zu prüfen, welche Verfahrensvereinfachungen anzustreben sind, um die Bürokratielast an den Schulen zu senken.
- Die bisherigen Ansätze zur Entbürokratisierung der Beantragung der Leistungen für BuT werden begrüßt. Bei Ausgaben im 2016 von 48.188.402€ erscheinen Verwaltungskosten in Höhe von 16.240.017€ nicht verhältnismäßig. Es wird angeregt, hier auch digitale Lösungen

zu prüfen, ggf. für bereits geplante Entwicklungen mitzudenken und dabei auf die Erfahrungen anderer Städte zurückzugreifen.

Es ist eine SGBII-Änderung anzustreben, indem der Bund die

Entwurf CDU-Fraktion

Ergänzung zur Stellungnahme der Koalitionsfraktionen

Stellungnahmeersuchen des Hauptausschusses

Bericht SenIAS - III A 23 - vom 16.06.2017 -

Rote Nummer 0451 - Berlineinheitliche Statistik zu den Leistungen für Bildung und Teilhabe

„Vor dem Hintergrund, dass die Partizipationsquoten gesteigert werden sollen, bitten wir den Hauptausschuss zu prüfen, inwieweit die Ansätze zu

Kap. 1010, Titel 68179 – BuT Lernförderung,

Kap. 1010, Titel 68180 – BuT Mittagsverpflegung,

Kap 1166, Titel 68131 – BuT Schulbedarf,

entsprechend einer realistischerweise zu erreichenden Teilnehmersteigerung nach oben angepasst werden können.“

Terminplan für die Sitzungen des Ausschusses für Bildung, Jugend und Familie 2018

– Donnerstag, Vorplenarwoche, 13.00 Uhr, Raum 376 –

	Januar					Februar					März					April										
Montag	1	8	15	22	29						5	12	19	26						2	9	16	23	30		
Dienstag	2	9	16	23	30						6	13	20	27						3	10	17	24			
Mittwoch	3	10	17	24	31						7	14	21	28						4	11	18	25			
Donnerstag	4	11	18	25	1	8	15	22	1	8	15	22	29						5	12	19	26				
Freitag	5	12	19	26	2	9	16	23	2	9	16	23	30						6	13	20	27				
Samstag	6	13	20	27	3	10	17	24	3	10	17	24	31						7	14	21	28				
Sonntag	7	14	21	28	4	11	18	25	4	11	18	25						1	8	15	22	29				
	Mai					Juni					Juli					August										
Montag		7	14	21	28		4	11	18	25		2	9	16	23	30						6	13	20	27	
Dienstag	1	8	15	22	29		5	12	19	26		3	10	17	24	31						7	14	21	28	
Mittwoch	2	9	16	23	30		6	13	20	27		4	11	18	25						1	8	15	22	29	
Donnerstag	3	10	17	24	31		7	14	21	28		5	12	19	26						2	9	16	23	30	
Freitag	4	11	18	25	1	8	15	22	29		6	13	20	27						3	10	17	24	31		
Samstag	5	12	19	26	2	9	16	23	30		7	14	21	28						4	11	18	25			
Sonntag	6	13	20	27	3	10	17	24		1	8	15	22	29						5	12	19	26			
	September					Oktober					November					Dezember										
Montag		3	10	17	24		1	8	15	22	29		5	12	19	26						3	10	17	24	31
Dienstag		4	11	18	25		2	9	16	23	30		6	13	20	27						4	11	18	25	
Mittwoch		5	12	19	26		3	10	17	24	31		7	14	21	28						5	12	19	26	
Donnerstag		6	13	20	27		4	11	18	25		1	8	15	22	29						6	13	20	27	
Freitag		7	14	21	28		5	12	19	26		2	9	16	23	30						7	14	21	28	
Samstag	1	8	15	22	29		6	13	20	27		3	10	17	24						1	8	15	22	29	
Sonntag	2	9	16	23	30		7	14	21	28		4	11	18	25						2	9	16	23	30	



= Sitzungstage Plenum



= Sitzungstage Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie



= Schulferien, unterrichtsfreie Tage, Feiertage



= Parlamentsferien 02.07. – 31.08.2018

Neujahr 1. Januar, Karfreitag 30. März, Ostern 1./2. April, Maifeiertag 1. Mai, Chr. Himmelfahrt 10. Mai, Pfingsten 20./21. Mai, Tag der Deutschen Einheit 3. Oktober, Weihnachten 25./26. Dezember

Weihnachtsferien 2017/2018	21.12.2017	–	02.01.2018
Winterferien	05.02.2018	–	10.02.2018
Osterferien	26.03.2018	–	06.04.2018
unterrichtsfreie Tage	30.04.2018		
	11.05.2018		
	22.05.2018		
Sommerferien	05.07.2018	–	17.08.2018
Herbstferien	22.10.2018	–	02.11.2018
Weihnachtsferien 2018/2019	22.12.2018	–	05.01.2019